

Heraus zur Massenkundgebung gegen Faschismus und Sondergerichte!

GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Anfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreise. Verlagsanstalt G. m. b. H. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz 6909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 229 B

BERLIN • Donnerstag, den 29. September 1932

1. JAHRGANG



Antwort an den neuen Spalter der Arbeiterschaft.

Papen und die Süddeutschen.

Von Hans Lehnert.

Bald nach dem Oktoberfest wird Herr von Papen die bayerische Hauptstadt mit seinem Besuch beehren. Wenn man ihm dort das „Goldene Buch“ der Stadt München vorlegen wird, dann mag ihm vielleicht ein Spruch auffallen, der in gebildetem Latein hochfahrend meldet: Des Herrschers Wille ist oberstes Gesetz. Diese Eintragung Wilhelms II. hat bei den Bayern sehr böses Blut gemacht. Papen, der Notverordnungsdictator, wird diesem Spruch zulächeln. Aber seine Lippen werden die Worte des Reichsinnenministers wiederholen: Nur mit den Ländern, nicht gegen sie soll die

Die Reichsreform, in Bayern ein geächtetes Kapitel! Mit Bauernzähigkeit hält die regierende katholische Klasse an der staatlichen Selbständigkeit Bayerns fest. Jede Veränderung im Gefüge des Reichs wird mißtrauisch beobachtet. Griff die Reichsregierung nach Preußen, wer garantiert, daß sie nicht bald herüberlangt über den Main? In Preußen gab eine noch nicht lange im Amt befindliche Geschäftsregierung den Anlaß zur Einsetzung des Reichskommissars. In Bayern lebt man schon drei Jahre unter der Geschäftsregierung Held. Was helfen die schönen Versicherungen Papens auf der Stuttgarter Konferenz: Er wolle Freundschaft pflegen mit den Ländern. Wurde doch kurz vor der Verjagung Severings und Brauns im Reichsinnenministerium einem Vertreter Bayerns erklärt, man denke nicht an so was!

Wir haben im Sommer einen bemerkenswerten Widerstand der bayerischen Regierung gegen das Papen-Kabinett erlebt. Einen Widerstand, dessen Energie sich Severing und die Seinen vielfach hätten zum Muster nehmen können. Am Staatsgerichtshof und im Reichsrat, überall war Bayern mit Klagen und Protesten sofort auf dem Plan. Die „Bayernwacht“ wurde neu organisiert, begrüßt vom bayerischen Polizeiminister, eine Abwehrorganisation gegen die von Bayern bekämpfte und vom Reich wiederzugelassene SA. Und in Gemeinschaft mit dem Zentrum versuchte die Bayerische Volkspartei, die Junkerregierung im Reichstag zu Fall zu bringen.

Das mißlang. Aber auch Herr von Papen ist nicht zufrieden. Er möchte sicherer fahren als bisher. Nur auf den Bajonetten der Schleicherschen Reichswehr zu sitzen, ist auf die Dauer unangenehm. Und so steigen eines Tages aus Blättern, die der Reichsregierung nahestehen, Versuchsballone auf. Sensationelle Meldungen: Umschwung der Stimmung in Bayern, Annäherung an die Reichsregierung, Entgegenkommen Papens in Fragen der Reichsreform! Der „Bayerische Kurier“ bleckt höhnisch die Zähne: Kein Wort daran ist wahr; wir kriechen nicht auf diesen Leim! Papen lockt — Bayern bockt! Aber bald darauf kommt doch aus Münchener Zeitungen die vorsichtige Frage: Worin sollen übrigens die Zugeständnisse bestehen? Und wie soll sich das Ganze verfassungsgemäß abspielen? Etwa aus dem Füllhorn des Artikels 48? Nein, danke!

Die Diplomatenstraße zwischen Süd- und Norddeutschland belebt sich. Held war in Berlin und mit ihm Fritz Schäffer, der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei. In Stuttgart machte Freiherr von Lersner, der neugeschaffene Verbindungsmann Papens mit dem Süden, seinen Antrittsbesuch. Kurz darauf begab sich Bolz, der württembergische Staatspräsident, der als Nachfolger für den kranken Zentrumsvorsitzenden Kaas genannt wird, eilig auf den Weg nach Norden. Diese Besuche werden ihre Erwiderung finden. Der Reichsernährungsminister hält vor dem bayerischen Landwirtschaftsrat eine große programmatische Rede. Und Anfang Oktober will Herr von Papen selber in München auf einer Versammlung bayerischer Industrieller das Wort ergreifen.

Der Inhalt der Besprechungen Papens mit den katholischen Landesregenten bleibt geheim. Aber aus Regierungsdementis und bayerischen Versammlungsreden in Tüntenhausen lassen sich Schlüsse ziehen. Die Reichsregierung erklärt: Preußen soll nicht zerschlagen werden. Das war auch

Gewerkschaften an den Reichsarbeitsminister.

Der ADGB wendet sich in einer Mitteilung an die Presse gegen die Darlegungen des Reichsarbeitsministers Schäffer. Er betont noch einmal den Standpunkt, daß Abwehrbewegungen gegen den Notverordnungslohnabbau nicht gegen die tarifliche Friedenspflicht verstoßen und die Unterstützung der Gewerkschaften finden können.

Der ADGB weist den Versuch des Reichsarbeitsministers zurück, die Arbeitslosen gegen die in Arbeit stehenden Arbeiter auszuspielen und die gewerkschaftlichen Aktionen gegen Lohnkürzungen dahin zu verdrängen, daß diese Aktionen lang genug geduldet haben, das Recht auf Arbeit und den Eintritt in das Arbeitsverhältnis verwehren wollen.

„Wir müssen uns mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Unterstellung wenden. Die deutschen Arbeiter haben seit langem gerade im Hinblick auf die Notwendigkeit, Erwerbslose wieder in die Betriebe zu ziehen, von der deutschen Regierung die generelle und weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Sie forderten die allgemeine 40-Stundenwoche. Angesichts der in der Regierung und bei den deutschen Arbeitgebern obwaltenden Bestrebungen, das deutsche Lohnniveau zu senken, waren sie sich im klaren, daß die von ihnen geforderte Arbeitszeitverkürzung nicht kompensiert werden würde durch einen Lohnausgleich.

Wenn sie trotzdem immer und immer wieder leider vergeblich von der Regierung energische Maßnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit verlangen, so boten sie damit dem gesamten deutschen Volke das Beispiel einer großzügigen Klassensolidarität, einer Solidarität der in Arbeit Stehenden mit ihren arbeitslosen Genossen, wie sie noch zu keiner Zeit irgend eine Klasse in Deutschland geboten hat.“

„Die Arbeiter wissen überdies, daß diese durch Notverordnung ausgesprochene Lohnkürzung zu einem weiteren Verfall an Kaufkraft und damit zu einer Gefährdung jedes Arbeitsbeschaffungsprogramms, auch des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung führen muß. Die Arbeiter

kaum zu erwarten. Für Bayern freilich wäre diese Veränderung nicht unerwünscht gewesen. Sie hätte die Vormachtstellung Preußens vernichtet und der Einführung des Einheitsstaates für lange Zeit einen Riegel vorgeschoben. Aber Papen und die Deutschnationalen fühlen sich als Platzhalter der Hohenzollern, und diesen soll ein ungeteiltes Erbe überliefert werden. Wie wird es also mit Preußen? Der alte Zustand kommt nicht wieder, das ist trotz der Stuttgarter Versicherung Papens, es handle sich bei dem Reichskommissariat um eine „vorübergehende“ Maßnahme, ziemlich sicher. Bleibt es nunmehr bei dem Reichskopf auf dem preußischen Körper? Oder wird gar der ganze preußische Verwaltungsapparat auf das Reich übergehen, und wird er zusammengesetzt mit dem Behördenapparat des Reichs in Preußen? Dies ist vorläufig noch das Geheimnis von Papen und Held. Jedenfalls: die Zustimmung Bayerns zu einer Flurbereinigung im Norden wird erkaufte werden durch Zugeständnisse an die Föderalisten. In Tüntenhausen rief man: „Länder an die Front!“ Der Reichsrat soll eine Verfassungsreform ausarbeiten, er, der keine Volksabgeordnete, sondern die Abgesandten der Länderregierungen enthält. Hier sollen Sicherungen geschaffen werden für das Bestehenbleiben wenigstens der süddeutschen Länder. Denn wenn Preußen Reichsland wird und notgedrungen die nord- und mitteldeutschen Zwergstaaten unter die Fittiche des Reiches kriechen, dann wird der Druck auf Süddeutschland immer stärker. Wie die Sicherungen heißen, die sich Bayern wünscht, das wissen wir aus seinen früheren Denkschriften, die in der neuen, Papen überreichten, aber geheim gehaltenen Denkschrift wenig Änderungen erfahren haben werden. Sie heißen vor allem:

AUS DEM INHALT:

- Papen anti Herriot.
- Das Hornberger Schießen zur Wahrung der Rechte.
- Schwangerschaftsunterbrechung und Sterilisation.
- Solidarität im Weiberkampf.
- Sozialistische Marktwirtschaft.

wissen weiter, daß die Durchführung dieses Teils der Notverordnung den Tarifvertrag aufs höchste gefährdet, weil er künftig seine Funktion, eindeutig und klar den Lohnsatz festzusetzen, nicht mehr erfüllt. Es handelt sich also nicht darum, daß die zur Zeit beschäftigten Arbeiter den Arbeitslosen den Arbeitsplatz verwehren „wegen einer geringen Lohnkürzung“. Wenn die arbeitende Bevölkerung Lohnkürzungen ablehnt, so deshalb, weil sie für sich und damit auch für die Millionen Arbeitslosen zugleich die Grundlagen ihrer Existenz und des deutschen Arbeitsrechts verteidigt.“

Die weitere Bemerkung des ADGB, „daß sich die Abwehrbewegung nicht gegen den Gesamtplan richtet, sondern gegen den Teil, der unter Einbruch in den Tarifvertrag die Löhne senken will“, hätten wir für überflüssig gehalten.

Es ist bei dieser Sachlage ungeheuer wichtig, daß die Gewerkschaften an eine Erfassung der erwerbslosen Kollegen (in Versammlungen oder besonderen Organisationen oder auch überhaupt in den Gewerkschaften selber) gehen. Denn der Spaltungsversuch, den jetzt der Reichsarbeitsminister unternommen hat, wird natürlich nicht der einzige sein. Die Regierung der Barone kann sich überhaupt nur auf solche Weise im Amt halten.

Gleichberechtigung des Reichsrats mit dem Reichstag; Verankerung der Länder-Selbständigkeit in der Reichsverfassung; Rückgabe des Ertrags und der Verwaltung der direkten Steuern an die Länder; freie Hand für die Länder in Schule und Erziehung. Papen scheint, wie gesagt, nicht abgeneigt.

Der „Vorwärts“ schreit Zetermordio über die dann folgende „nationale“ Zerklüftung Deutschlands. Aber seine Genossen waren es, die 1919 und auch später immer wieder den Augenblick verpaßten, die deutsche Kleinstaaterei zu überwinden. Vielleicht nicht unabsichtlich! Denn der komplizierte staatliche und kommunale Verwaltungsapparat, bot Posten und Parlamentssitze zur Belohnung für treue Dienste in großer Zahl. Wie viele wertvolle Kräfte sind auf diese Weise der sozialistischen Arbeit entzogen worden! Wir können uns dem „Vorwärts“-Protest gegen Papens Reichsreform-Pläne nicht uneingeschränkt anschließen. Der verwaltungstechnische Wert einer Flurbereinigung schon allein in Nord- und Mitteldeutschland läßt sich nicht leugnen. Die vielen Reibungen zwischen den Behörden Preußens und des Reichs kosteten Zeit, Kraft und Geld, und gingen schließlich zu Lasten der Steuerzahler. Verwirrend ist die Fülle der staatlichen und kommunalen Organisationen in Deutschland.

Was wir an Papens Reichsreform-Plänen bekämpfen, ist also nicht an sich die Aufräumungsarbeit in Nord- und Mitteldeutschland, die von den republikanischen Ministern liegen gelassen worden ist; an Papens Plänen bekämpfen wir die Nachgiebigkeit gegenüber den Süddeutschen. Wer Bayern solche Rechte einräumt, wie wir sie genannt haben, der verrammelt den Weg zu einer vernünftigen Reichsreform in Süddeutschland auf Jahrzehnte hinaus.

Vorübergehend war uns das Bollwerk der süddeutschen Staaten gegen den Faschismus des Nordens recht. Aber die Gefahr, daß Hitler in Deutschland allein ans Ruder komme, ist vorbei, und wir beobachten vor da an ein Abflauen des Kampfes gegen die NS in Bayern.

Wir bekämpfen also jede weitere Stärkung der süddeutschen Länder durch Verleihung von Reservatrechten.

Wir fordern eine Reichsreform, bei der alle Länder ihre Selbständigkeit zu Gunsten des Reiches verlieren.

Erst wenn wir an dieser Etappe der Reichsreform angekommen sind, erst dann soll eine vernünftige Neuerteilung des ganzen Reichsgebietes vorgenommen werden. Dann wird auch wohl z. B. die bayerische Reichsprovinz sich von Franken trennen lassen. Vorher vielleicht Preußen in verschiedene

Teile zu zerlegen, würde eine Verewigung der deutschen Kleinstaaterei bedeuten.

Papen konferiert.

Der sächsische Ministerpräsident Schieck hat den Wunsch gehabt, mit dem Reichskanzler persönlich Bekanntschaft zu machen — das wird als der Hauptzweck eines Besuches bezeichnet, den er am Dienstag Herrn von Papen abgestattet hat. Wir könnten uns jedoch denken, daß dieser Besuch mit dem in der letzten Zeit deutlicher hervortretenden Wunsch Papens, sich die wichtigsten nicht-preussischen Länder enger zu verbinden, gut harmonisiert.

Rumänien in der Isolierung.

Die Eile, die Frankreich jetzt mit dem Abschluß des russisch-französischen Nichtangriffspaktes bekundet, und die Spannung, die infolgedessen zwischen Frankreich und Rumänien entstanden ist, hat bei der rumänischen Regierung große Bestürzung hervorgerufen. Die französische Regierung hat Rumänien aufgefordert, sich umgehend mit Rußland über Besarabien zu einigen, da sie selber, infolge der Vorgänge in Deutschland, sich rasch mit Sowjet-Rußland einigen will. Die rumänische Regierung will einerseits in der Frage Besarabiens keine Zugeständnisse an Rußland machen; andererseits weiß sie, daß Rumänien in eine völlige Isolierung getrieben wird, wenn auch Frankreich sich unab-

hängig von Rumänien mit Rußland verständigt, wie es schon Polen getan hat. Die Gefahr einer Isolierung Rumäniens ist umso größer, als Frankreich kein großes Interesse am Schicksal Rumäniens mehr hat, da die Finanzlage des Landes so schlecht ist, daß Frankreich dort nicht mehr viel zu gewinnen hofft. Wenn Herriot es darauf ankommen läßt, Rumänien in die Isolierung zu treiben, so ist ein Grund dafür sicher auch die Abneigung, die in französischen Linkskreisen und auch in seiner eigenen Partei gegen die französische Politik in Osteuropa herrscht. Herriot kann sich also durch das Fallenlassen Rumäniens Sympathien in eigenen Lande erworben.

Chinesischer Abwehrkampf gegen Japan.

Wie das japanische Kriegsministerium mitteilt, ist eine mandschurische Stadt in der Nähe von Kirin von den aufständischen Chinesen derart eingeschlossen, daß die dortigen Japaner keine Lebensmittel oder Waffen von außen herbeschaffen können. Beides wird ihnen knapp. Das japanische Oberkommando hat 22 schwere Bombenflugzeuge zur Entsetzung der Stadt abgesandt.

General Ma hat sich in einem Schreiben an die chinesische Zentralregierung mit ihren Maßnahmen gegen Japan solidarisch erklärt. Er werde weiterhin gegen Japan kämpfen und bitte um Unterstützung durch Geld und Waffen. Wie es heißt, beabsichtigt die chinesische Regierung, als Demonstration gegen Japan, General Ma zum Oberbefehlshaber der chinesischen Truppen in der Mandschurei zu machen.

Die Genfer Gebetsmühle.

Über die Hauptsache wird nicht gesprochen.

Die Vollversammlung des Völkerbunds trat am Dienstag nachmittag zu ihrer Hauptaussprache zusammen, die in früheren Jahren acht bis neun Tage zu dauern pflegte und dabei 30 bis 40 Staaten die Gelegenheit gab, durch ihre Vertreter große programmatische Reden abhalten zu lassen. Aus Sparsamkeitsgründen — vielleicht auch, weil niemand etwas Gescheites vorzubringen hat — soll das Verfahren dieses Mal sehr gekürzt werden. Die Großmächte gehen mit gutem Beispiel voran und schweigen überhaupt.

Der Völkerbundsrat befaßte sich am Dienstag mit der Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz und dem Rücktrittsgesuch des Generalsekretärs Drummond, das angenommen wurde. Damit sind die Fragen einer Umbildung des Völkerbundssekretariats von neuem akut geworden, bei der Sparsamkeitsabsichten (Abbau der Untergeneralsekretäre) und Prestigeansprüche (welcher Staat kriegt den Posten des Generalsekretärs, und wessen Einfluß wird durch den geplanten Abbau beschnitten?) ein bisher noch völlig undurchsichtiges Chaos von Schwierigkeiten bilden.

Der Posten des Danziger Völkerbundskommissars, der durch Gravinass Tod freigeworden ist, ist noch immer unbesetzt. Der Völkerbundsrat darf nur einstimmig über ihn verfügen; Deutschland und Polen einigen sich aber nicht!

„Politisches Kabarett.“

Eine neue Aufführung des Kollektivs Hamburger Schauspieler.

A. St. Am 16. und 17. September fanden in Hamburg vor überfülltem Haus Vorstellungen des Kollektivs Hamburger Schauspieler statt mit dem Thema: „Politisches Kabarett.“ Was das Kollektiv mit dieser Aufführung bezweckte, wurde vor der Vorstellung mitgeteilt: Kunst sollte zu einer Waffe werden, die Bühne zu einem Tribunal, vor dem die Schäden des herrschenden Systems in ihrer ganzen Ungeheuerlichkeit gezeigt, verurteilt und bekämpft werden. So wie Zola vor dreißig Jahren mit seinem leidenschaftlichen „J'accuse“ die Tragen und Feigen aufrüttelte, so wollten heute Schriftsteller und Künstler als Pioniere der geistigen Arbeiter sich endlich dort aktiv betätigen, wohin sie gehören — an der Seite der entrechteten Proletarier.

Konnte das Kollektiv der kühn gestellten Aufgaben gerecht werden? Ja, der Verlauf des Abends bewies es. Das aufpeitschende „J'accuse“ gelang in vollem Maße, gelang durch Mittel, die in ihrer Einfachheit und durchschlagenden Kraft überraschten. Geschickt zusammengestellte Statistiken, Bruchstücke aus der jüngsten Rundfunkrede des Reichskanzlers, Teile seines Wirtschaftsprogramms, dazu Kommentare aus Zeitungen verschiedener Richtungen, typische Gespräche, kurze, ohne Pathos vorgetragene Tatsachenberichte zeigten nüchtern, scharf und schonungslos die grotesken Erscheinungen, mit denen wir uns heute in Politik, Wirtschaft und Kultur auseinandersetzen haben. Diese Erscheinungen wirkten um so grotesker und aufreißender, als sie in der denkbar einfachsten Form dargestellt wurden.

Diese Wirkung wurde noch dadurch verstärkt, daß unmittelbar nach den nüchternen Berichten dieselben Tatsachen in Songs wieder auftauchten, jetzt jedoch in künstlerischer Form, stilisiert, konzentriert, unterstrichen durch den Rhythmus der Musik, herausgestellt in ihrem Gegensatz zu den elementarsten Forderungen des Gerechtigkeits-

gefühls und des gesunden Menschenverstandes. Das Aufzeigen dieses Gegensatzes allein wäre unerträglich und niederdrückend gewesen. In Verbindung mit dem Appell an die Kräfte des Menschen, an sein Gerechtigkeitsgefühl, an seine Bereitschaft und sein Vermögen, diese unwürdigen Zustände zu ändern, gaben die Songs jedoch dem ganzen Spiel einen Aufschwung, der unwiderstehlich Schauspieler und Publikum mitriß. Kein Wunder, daß bei einem solchen Inhalt der Aufführung und dem glänzenden Zusammenspiel des Kollektivs Spannung und Begeisterung beim Publikum wuchs und sich immer wieder in spontanem Beifall entlud.

Weniger wirkungsvoll war der mittlere Teil, der den Kitsch moderner Militär- und Liebesfilme geißeln sollte, dabei aber selber in der allzu breiten Wiedergabe von Filmszenen und Schlagern der Gefahr verfiel, in der Primitivität des Militärgelstes und der Sentimentalität des „Wein, Weib und Gesang“ zu wählen, statt diese den Kampfgeist lähmende Unkultur scharf und eindeutig abzulehnen. Die Reaktion im Publikum:

Man genoß den Kitsch.

Die Aufführung des Kollektivs stellte eine politische Tat dar, deren Kühnheit, Kraft und Reichtum an wertvollen Impulsen gerade in der heutigen, für die Arbeiterschaft so deprimierenden Zeit gar nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Es ist geplant, diese Aufführungen in verschiedenen Stadtteilen Hamburgs zu wiederholen, vielleicht sogar eine Art Volkstheater in Hamburg zu gründen. Jeder Genosse sollte sich diese Vorstellungen ansehen und Propaganda dafür machen.

Zum Schluß als Beispiel einen der kräftigen Songs (Text von Steinfeld, Musik von Müden). Er stammt aus der Szene, die der Kriegsgefahr gewidmet ist.

Zur Abrüstungskonferenz.

Solo: Da sitzen sie Wochen um Wochen, Jonglieren mit Worten und kochen Begriffe und Relationen,

Papen anti Herriot.

Kein Fortschritt in der Rüstungsdebatte.

Papen hat in einem Interview mit dem Pressechef des W.T.B. auf Herriots Sonntagsrede geantwortet.

Der Kanzler erklärte, in der Rede des französischen Ministerpräsidenten nur einen neuen Schritt in der Reihe französischer Kundgebungen zur Wehrfrage zu sehen. „Die die Verhältnisse auf den Kopf stellen und die Debatte zu verschieben suchen“.

„Daher stelle ich fest: Es handelt sich nicht um die deutsche Aufrüstung, sondern um die Einlösung des Abrüstungsversprechens der anderen Mächte. Von deutscher Aufrüstung ist keine Rede; sondern von deutscher Gleichberechtigung und der gleichen Behandlung Deutschlands auf der Abrüstungskonferenz. Die Abrüstungskonferenz ist ohne Vorbehalt hinsichtlich der deutschen Gleichberechtigung einberufen und eröffnet worden. Deutschland ist vor sechs Jahren ohne Vorbehalt hinsichtlich seiner Gleichberechtigung in den Völkerbund aufgenommen worden, und selbst in Versailles, wo die Siegermächte sich nicht gescheut haben, Deutschland die unerhörtesten Bedingungen aufzuerlegen, hat niemand die ständige Disqualifizierung Deutschlands auf militärischem Gebiete zu fordern gewagt. Jetzt soll die Entwicklung des letzten Jahrzehnts, die auf Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen hindrängt, rückwärts revidiert und Deutschland der Status eines Volkes minderen Rechts auferlegt werden. Das können wir natürlich nicht hinnehmen.“

Papen beschwert sich, daß die Frage, die in der Abrüstungskonferenz akut geworden sei: „Welche Anwendung finden die Beschlüsse der Abrüstungskonferenz auf Deutschland?“ weder in der französischen noch in der englischen Meinungsäußerung bisher beantwortet worden sei. (Wir empfehlen Herrn von Papen, Punkt 5 der englischen Ausführungen nachzulesen. In bezug auf die „unerhörtesten Bedingungen der Siegermächte“ interessiert ihn vielleicht das Friedenswerk von Brest-Litowsk!)

„Wir verlangen selbstredend, daß die Abrüstungskonvention auf uns ebenso anwendbar sei wie auf alle anderen Staaten. Unsere praktischen Forderungen, die sehr zu Unrecht als Aufrüstung verdächtig werden (!) besagen nichts anderes, als daß wir — selbstverständlich im Rahmen der Konvention — dieselbe Freiheit der Anpassung unserer Rüstungen an unsere sozialen und nationalen Bedürfnisse verlangen, die jedem andern Staate zusteht. In Versailles vertrat man die These, daß gewisse Waffen, die uns damals verboten wurden, Angriffswaffen seien. Heute will man sie zu Verteidigungswaffen erklären, uns aber nach wie vor versagen, sie zu führen. . . . Wir sollen uns mit juristischen Sicherheitskonstruktionen begnügen, während andere Staaten daneben den größten Teil ihrer ungeheuren militärischen Rüstungen beibehalten wollen.“

Auf die juristische Argumentation der französischen und der englischen Regierung will ich nicht eingehen, weil sie mir ganz unhaltbar erscheint. (Schade, Herr von Papen, gerade der Nachweis dieser Unhaltbarkeit wäre interessant gewesen.) Wir begründen unseren Anspruch nicht zuletzt auf den Artikel 8 der Völkerbundsatzung, den auch sie zitieren. Aber wir verlangen, daß seine Bestimmungen in gleichem Umfange für alle Staaten gelten . . .“

Den Angriff Herriots auf das „Reichskuratorium für Jugendertüchtigung“ beantwortet Papen mit einem Angriff auf die militärische Vorbereitung der französischen Jugend. Zu Herriots Prahlereien über angebliche französische Abrüstungen bemerkt Papen:

„Zeugt es etwa von Abrüstung, daß die französischen Militärausgaben in sechs Jahren um 100 Prozent gestiegen sind? Eine Anführung der französischen Präsenzstärke ist irreführend, weil der wahre Wert dieser gewaltigen Armee in ihren mobilisierbaren Reserven liegt, und jeder Vergleich ist irreführend, der nicht berücksichtigt, daß Deutschland keinerlei mobilisierbare Reserven besitzt und lediglich auf seine Präsenzstärke angewiesen ist. Jeder militärisch Geschulte weiß, daß heutzutage die Stärke einer Armee in ihrem technischen Kriegsmaterial begründet ist. Keine Aufstellung der französischen Heeresstärke kann als zutreffend angesehen werden, die die vielen tausend schwerer Geschütze, Tanks, Flugzeuge u. s. w. verschweigt.“

Papen weist dann Herriots Ansprüche auf deutsche „Dankbarkeit“ zurück und schließt mit der nochmaligen Versicherung, daß es Deutschland nicht auf Aufrüstung, sondern auf Gleichberechtigung ankomme.

Für die Diskussion in der Wehrfrage bieten diese Papenschen Ausführungen weder eine eigene neue Argumentation, noch eine Verbesserung der bisher von deutscher Seite vertretenen unzulänglichen Begründung der Papen-Neurath-Schleichen Forderungen.

Dreißig zu zwanzig zu zehn,
Bomben und Panzerkanonen,
Die im Winde weh'n,
Die das Recht verdreh'n,
Fünfzehn zu zwölf zu P.
Da werden die Völker sich freu'n!

Refrain: Sie rüsten, sie rüsten,
Sie rüsten immerzu ab.
Wie reimt sich das?

Solo: Da reimt sich nichts!

Refrain: Da reimt sich nur: das Grab.

Solo: Sie streiten sich um jeden Zoll
Der großgemaulten Geschütze;
Wieviel man Gift vergasen soll,
Wieviel Torpedogeflitze
Nebst Panzerkreuzertonnage;
Daß nur, was in der Zeitung steht
Und der Wind verweht,
Nicht aussieht nach Blamage

Refrain: Derselbe.

All.: Ob Pazific, ob Mittelmeer
Der Ozean soll frei sein!
Wo nimmt man nur die Mittel her?
Denn jeder will dabei sein!
Wo man die Welt so fein bestellt
Von wegen der Geschäfte.
Und wer den Kriegerleichen
Den dunsigen und bleichen
Die Heldenrede hält:
Der hat die meisten Kräfte!!

Refrain: So rüsten, so rüsten,
So rüsten sie immer ab
In's Heldengrab!

Solo: In das Massengrab!

Alle: In's große kühle Grab!

Schwangerschaftsunterbrechung und Sterilisation.

Eine Tagung deutscher Juristen.

M. H. Vor kurzem tagte in Frankfurt am Main die Deutsche Landesgruppe der „Internationalen Kriminalistischen Vereinigung“. Eine große Anzahl bekannter Strafrechtslehrer, Richter, Rechtsanwälte und Aerzte waren zu dieser Tagung erschienen, deren Beratungen besonders im Hinblick auf die bevorstehende große Strafrechtsreform Bedeutung zukommt. Das Thema dieser Tagung ist von Interesse auch für alle Nicht-Juristen: zur Debatte stand vor allem die Frage der Schwangerschaftsunterbrechung und der Unfruchtbarmachung.

Nach dem heutigen Stand der Rechtsprechung ist eine Schwangerschaftsunterbrechung

nur zulässig bei medizinischer Indikation, d. h. wenn das Leben der Mutter durch das Austragen der Frucht bedroht ist. Die Tatsachen über die Zuwiderhandlungen gegen das Verbot anders begründeter Abtreibungen, in Deutschland also gegen den Paragraphen 218, in Millionen von Fällen und die damit verbundenen schweren Folgen für Leben und Gesundheit der proletarischen Frauen sind so bekannt und so häufig in der Öffentlichkeit angeprangert worden, daß selbst dieser politisch sehr verschiedenartig zusammengesetzte Kreis von Juristen gezwungen war, sie bei seinen Forderungen zu berücksichtigen. Alle Referenten traten dafür ein, daß soziale Gesichtspunkte auch bei der medizinischen Indikation mitzuspüren sollten, da die Gesundheit der Mutter wesentlich von ihrer wirtschaftlichen Lage abhängt. In den angenommenen Richtlinien wird dann sogar gefordert, daß bei nur sozialer Indikation die Schwangerschaftsunterbrechung gesetzlich zuzulassen sei. Gegen die Freigabe der sozialen Indikation fand sich eine starke Minderheit, während die Freigabe der eugenischen Indikation — nach dem jeweiligen Stande der „medizinischen und erbbiologischen Wissenschaft“ — fast allgemeine Zustimmung fand. Bezeichnenderweise wandten sich gerade viele Aerzte gegen die Freigabe der sozialen Indikation; mit sehr verschiedener Begründung: sogar „das Todesurteil eines Volkes“ wurde sie genannt; die ökonomischen Umstände könnten kein Grund für einen medizinischen Eingriff sein, und der Arzt könne die sozialen Umstände nicht hinreichend erforschen — diese Bedenken wurden besonders oft angeführt. Sie verraten einen engen, fachwissenschaftlichen Standpunkt. Denn welcher Arzt, der menschlich seinen Patienten gegenübersteht, kennt ihre soziale Lage nicht? Und wieviel Kenntnis der ökonomischen Umstände gehört zum Beispiel zur Beurteilung, daß das fünfte Kind in einer Einzimmerwohnung, bei einem Wochenlohn von 30 Mark, oder gar in einer arbeitslosen Familie, angebracht ist?

Gewiß, es gibt Fälle, in denen nicht leicht zu entscheiden ist, ob soziale Indikation vorliegt oder nicht. Das trifft übrigens auf die eugenische Indikation mindestens in gleichem Maße zu! Welchem Gremium diese Entscheidung zu übertragen ist, darüber wurde auf der Tagung keine Einigung erzielt, wie dann überhaupt praktisch verwendbare Formulierungen nirgends gefunden wurden. Die Abneigung dagegen hier irgend eine bürokratische Instanz einzuschalten, ist sehr begründet. Deswegen trat Frau Bender — als einzige — für völlige Freigabe der Abtreibung in den ersten drei Monaten ein. Gegen diesen Standpunkt wurde unter anderem auch

das Beispiel Sowjet-Rußlands

angeführt; Rußland habe nach kurzer Zeit die völlige Freigabe der Abtreibung aufgegeben und Einschränkungen an-

bringen müssen. Das ist richtig; in Rußland gibt es die „Frauenkommissionen“, die bei Anträgen auf unentgeltliche Schwangerschaftsunterbrechung beratend eingreifen und unter Umständen versuchen, auf andere Weise Hilfe zu bringen. Warum wurde übrigens kein russischer Arzt, der über diese Regelungen Erfahrungen besitzt, eingeladen, um darüber zu berichten? Die Urteile über Rußland wären dann wohl etwas sorgfältiger ausgefallen; daß die Puschaborte sich in Rußland kaum wesentlich vermindert hätten — obwohl die Aerzte den Eingriff vornehmen dürfen — dies und ähnliches wäre dann jedenfalls nicht unwiderlegt geblieben. Vor allem darf hier ein wesentlicher Unterschied nicht unter den Tisch fallen: ein Staat wie Rußland, der keine Beschränkungen der Aufklärung über Präventivmittel mehr hat, ja der diese Aufklärung selber fördert, wo er kann, hat jedenfalls eher ein Recht, die Abtreibung einzuschränken, als etwa Deutschland, wo diese vorbeugenden Maßnahmen von Staats wegen sogar gehindert werden und zum Schaden der besitzlosen Klasse.

Wie die Rechtslage in der Frage der Sterilisation heute ist, wird aus dem kürzlich durchgeführten Offenburger Aerzte-Prozess noch in Erinnerung sein. Obwohl die Operation allgemein nicht als schwer gilt, obwohl die Einwilligung der Patienten vorlag, wurden diese Aerzte verurteilt. Denn es handelt sich juristisch allemal um „schwere Körperverletzung“, wenn nicht medizinische Indikation, außerdem die Einwilligung der Betroffenen vorliegt, und wenn diese Einwilligung nicht gegen die „guten Sitten“ verstößt. Mit diesem unklaren Zusatz ist bereits jeder reaktionären Auslegung Tür und Tor geöffnet.

Die Frankfurter Juristen-Tagung hat sich für die Zulassung der Sterilisation erklärt unter zwei jedesmal notwendigen Voraussetzungen (entsprechend der Stellungnahme zur Abtreibung): 1. bei Einwilligung der Betroffenen, 2. bei medizinischer, eugenischer oder sozialer Indikation.

Eine Stellungnahme zur Frage der zwangsweisen Sterilisation — bei Verbrechern oder Schwachsinnigen — erfolgte nicht, obwohl die Frage mit zur Diskussion stand. Man war der Ansicht, daß bei hinreichender Aufklärung (die allerdings gerade bei Geisteskranken oft nichts helfen wird!) die Zulassung der freiwilligen Sterilisation bei eugenischer Indikation zunächst ausreichen würde, um die Vermehrung der minderwertigen Elemente einzudämmen. Auch in Amerika, das 31 Gesetze zur zwangsweisen Sterilisation in verschiedenen Bundesstaaten hat, wird verhältnismäßig selten dieser Zwang angewandt. In Kalifornien haben sich zum Beispiel in zehn Jahren 5000 Verbrecher freiwillig sterilisieren lassen. Vorsicht gegenüber der Einführung einer zwangsweisen Sterilisation ist sicherlich angebracht; um die Möglichkeit eines Mißbrauchs zu erkennen, braucht man noch nicht einmal an die irrsinnigen Pläne nationalsozialistischer Rassefanatiker und deren „Aufordnungs“-Absichten zu denken. Auch das Bedenken ist richtig, daß die wissenschaftliche Basis der Vererbungslehre noch recht schmal ist; ferner, daß in manchen Fällen eine Verwahrlosung selbst bei geistig minderwertigen Anlagen durch ein geeignetes Milieu und eine besonders sorgfältige Erziehung vermieden werden könne. Aber in der heutigen Zeit steht jedenfalls fest, daß sie meist nicht vermieden wird, eben weil das Milieu, zu Hause, und in den meisten Fürsorgeerziehungsanstalten erst recht, dazu völlig ungeeignet sind. Jeder, der in der Wohlfahrtspflege tätig ist, weiß aus hundertfacher Erfahrung, daß die Schwachsinnigen, die Alkoholiker, sich überdurchschnittlich vermehren, daß diese Familien eine unerhörte Belastung der Wohlfahrtseinrichtungen — auf Kosten anderer, Gesunder,

denen mit wenig Mitteln schon zu helfen wäre — darstellen, daß sie die Quelle für stets neue Krankheiten und Verbrechen sind. Die Forderung, in diesen Fällen notfalls auch zwangsweise die Sterilisation durchzuführen, läßt sich angesichts des heute herrschenden Massenelends und der Knappheit an Mitteln für soziale Zwecke nicht zurückweisen; auch nicht mit dem üblichen Hinweis darauf, daß wir keine „hundertprozentige Sicherheit“ haben, ob bestimmte Geisteskrankheiten sich vererben. Diese penible Sorgfalt, nur ja kein Kind am Eintritt in diese Welt zu verhindern, das „vielleicht“ doch gesund sein würde, ist nur ein Hohn, solange die Gesellschaft es an jeder Sorgfalt den Lebenden und Gesunden gegenüber fehlen läßt. Eine sehr eindringliche Mahnung, mit der heutigen Mißwirtschaft auf diesem Gebiet Schluß zu machen, enthält ein kürzlich im Verlag „Courier“ (Berlin) erschienen Buch von Drechsler „Aktenstaub“, aus dem Tagebuch eines Wohlfahrtsdezernenten“, das eine Fülle von wichtigen Erfahrungen vermittelt, und die Dringlichkeit der Lösung der Sterilisationsfrage sehr deutlich zeigt.

Wichtig an der Frankfurter Tagung ist der Vorstoß nationalsozialistischer Vertreter, die hier versuchten, ihren Forderungen auf dem Gebiet der Strafrechtsreform Einfluß zu verschaffen. Der Wiener Professor Graf Gleispach vertrat sie in seinem Referat; inhaltlich auf diese Forderungen (nur zwei Beispiele: Strafschutz „für die Ehre und Würde des deutschen Volkes und die seiner Helden“; für „die Fruchtbarkeit der deutschen Frau!“) einzugehen, erübrigt sich, da es sich um bloße Schlagworte handelt. Interessant ist aber, daß eine Entschließung mit knapper Mehrheit angenommen wurde, die dem Nationalsozialismus ausdrücklich das Recht auf Einflußnahme auf die Strafrechtsreform zugesteht. Daß ein solcher Antrag angenommen werden konnte, liegt sicher mit daran, daß die linksstehenden Vertreter auf dieser Tagung es an Einheitlichkeit und Entschiedenheit fehlen ließen; so enthielt sich der Sozialdemokrat Radbruch bei diesem Antrag der Stimme, obwohl er vorher scharf gegen Gleispach gesprochen hatte.

Wahrscheinlich liegt der tiefere Grund für eine solche Unsicherheit darin, daß Radbruch, wie die meisten Juristen, als Relativist zu den Vertretern der „Rechtswissenschaft ohne Recht“ — wie Nelson sie nannte — gehört, das heißt, daß er objektive, philosophisch erkennbare Rechtsgrundsätze (nach denen das geltende „Recht“ jeweils nach Lage der Verhältnisse zu gestalten ist) nicht anerkennt. In Reinkultur finden wir diesen Relativismus und den damit verbundenen Mangel an politischer Festigkeit in der „Frankfurter Zeitung“, die zwar die auf der Tagung vertretenen nationalsozialistischen Ideen als „vage und vieldeutige Schlagworte“ abtut, im gleichen Atemzuge aber von Gedanken spricht, die „im Kern gesund sind“, und von der Aufgabe „den Nationalsozialismus zur Mitarbeit im Staat“ und also auch zur Strafrechtsreform heranzuziehen. Wer allerdings als Relativist und Demokrat darauf verzichtet, zu erkennen, was Recht ist und woran jede Reform sich demnach zu orientieren hat, der muß notwendigerweise jeder neuen Strömung Einfluß zugestehen. Die Abwehr einer Geisteshaltung wie der des Nationalsozialismus, die ihrerseits mit dem Anspruch auf unbedingte Gültigkeit, allerdings ohne jede vernünftige Begründung, auftritt, kann nur vom Boden einer philosophisch klar und überzeugend begründeten Rechtslehre aus sicher und kraftvoll geschehen.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Essen: Donnerstag, 29. September, 20 Uhr, in der Wirtschaft Kulbrod, Beutstr. 49. Thema: „Papens Rechnung und die Gegenrechnung der Arbeiterschaft“. Referent: Walter Fließ (Köln).

Freie Aussprache! Eintritt freil!

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

Ein Mitglied der Spartakusgruppe, der Privatgelehrte Hermann Duncker aus der Boxhagener Straße, wartet vor dem Warenhaus Wertheim auf seine Frau, die hineingegangen ist, um den Aufenthalt des gefangengesetzten Genossen Jogiach telephonisch zu erfragen. Ein Demonstrationszug kommt vorbei, Militärmusik, rote Fahnen. Ein Feldgrauer löst sich von der Menge, ein alter Freund Dunckers, ein Parteigenosse und ehemaliger Redakteur an verschiedenen Arbeiterzeitungen. Seit Kriegsausbruch hat Duncker ihn nicht mehr gesehen.

Die beiden umarmen sich.

Die Menge ruft „Hoch“.

Die Menge brüllt „Nieder“.

Duncker hat seine Frau Käthe vergessen. Er marschiert im Zug mit und singt mit den andern: „Wir sind die Arbeitsmänner...“ Kurze Zeit später steht er neben seinem feldgrauen Freund auf einem Lastwagen, umgeben von einer Gruppe bewaffneter Soldaten. Der Wagen fährt durch die Leipziger Straße und am Dönhofsplatz vorbei. Ein Stück weiter, vor dem Haupteingang des „Berliner Lokalanzeigers“, der von einer großen Volksmenge umlagert ist, bleibt der Wagen stehen.

Die Menge brüllt.

„Die Kriegshetze — nieder!“

„Die Lügenzeitung — nieder!“

„Alle Zeitungen gehören dem Volk!“ doziert der Privatgelehrte Duncker.

„Also rein und besetzen!“ meint sein feldgrauer Freund. „Den besetzen wir“, stimmt ein zweiter Soldat zu und pflanzt sein Seitengewehr auf.

Sie springen vom Wagen und drängen sich durch die Menge — Duncker, sein Freund, drei weitere Feldgraue und ein Matrose. Der livrierte Diener bewegt die Drehtür und läßt sie ins Haus. Ein Abteilungschef kommt die Treppe herunter: „Die Direktion erwartet die Herren schon, darf ich die Herren führen!“

Die sechs Mann betreten das Konferenzzimmer.

Die Verlagsdirektoren und Redakteure sitzen um einen runden Tisch herum und sehen den Erklärungen des unbewaffneten Mannes mit dem gelichteten Gelehrtenkopf erwartungsvoll entgegen. Doch Duncker, der wohl gewohnt ist, lange Vorlesungen zu halten über die kapitalistische Ausbeutung des Volkes und die verhängnisvolle Rolle, die die bürgerliche Presse in diesem Prozeß spielt, ist nicht gesonnen, vor diesem Kreis viele Worte zu machen. In einem einzigen Satz präzisiert er die Forderung, die die Revolution an die kapitalistische Presse zu stellen hat:

„Meine Herren, das Blatt hat sich gewendet — Ihr Blatt muß sich auch wenden!“ sagt er nur.

Und dieses Bonmot genügt, die Situation eindeutig zu erhellen.

Die Herren des „Lokal-Anzeigers“ horchen nervös nach draußen, wo die Niederrufe der Menge bis zu den Fenstern hochsteigen; sie drehen die Köpfe, sehen einer den andern an und blicken zu dem langaufgeschossenen Doktor hin, der ihnen nichts weiter als dieses gräßliche Witzwort zu sagen hat.

Aber es ist kein Witz. Der Mann mit dem unordentlich hängenden Schnurrbart, der zwar ein wenig mager und schlenkrig, aber sonst ganz manierlich aussieht, die Soldaten mit aufgefanzten Bajonetten, die immer lauter werdenden Massen auf der Straße, sind Tatsachen, die sich nicht wegdisputieren lassen. Und daß die Polizei nicht helfen kann, hat man schon festgestellt.

Endlich bricht einer das Schweigen. Auch die übrigen Herren finden ihre Sprache wieder, und alle sind sehr höflich und bereitwillig:

„Es stimmt wohl, was Sie sagen, mein Herr!“

„Es kann wie früher wohl nicht weitergehen.“

„Ja, das muß wohl jetzt so sein!“



„Also, wir übernehmen die Zeitung. Wo ist die Setzerei?“

Dienstfertig springt ein Redakteur auf und führt den ungebeten Besuch in die Setzerei und Maschinensäle hinüber. Eine kurze Ansprache an die Belegschaft — die Arbeiter erklären sich mit dem Redaktionswechsel einverstanden. Die Soldaten gehen zurück und postieren sich unten am Eingang. In der Setzerei geht Duncker mit seinem Freund an die Arbeit. Sie ziehen sich ihre Jacken aus, beugen sich über den schon fertigen Satzspiegel der Abend-Ausgabe des „Lokal-Anzeigers“ und bezeichnen die Stellen, die wieder herauszunehmen sind, um durch Berichte über die Revolution ersetzt zu werden.

Duncker entwirft den Text für ein orientierendes Flugblatt, einen zweiten Text für einen kleinen Handzettel, der für den Abend zu einer Massenversammlung im Zirkus Busch aufruft. Dann telephoniert er mit Meyer und anderen Genossen der Spartakusleitung, um weitere Kräfte für die Redaktion und Redner für die Abendversammlung im Zirkus Busch heranzuziehen.

Die Herren vom Scherl-Verlag, die bis zuletzt für die Verlängerung des Krieges eintraten und jede Aeußerung des Volkswillens unterschlugen, sind froh, mit heller Haut davongekommen zu sein, und verlassen eiligst das Haus.

Die aus den östlichen Industrievororten anmarschierenden Proletarierzüge sind zu einer Heersäule von dreißigtausend Menschen angewachsen und haben das im Zentrum Berlins gelegene Polizeipräsidium erreicht. Sie umlagern das riesige Gebäude, eine breite Zunge leckt durch das Portal auf den Lichthof hinauf. Die Polizisten schnallen ihre Säbel ab; sie können sie gar nicht schnell genug los werden. — Säbel, Revolver, Patronentaschen, Koppelzeuge türmen sich zu einem immer höher werdenden Haufen.

(Fortsetzung folgt.)

Solidarität im Kampf der Weber.

H. M. Wenn die englischen Weber, die jetzt die Arbeit wieder aufgenommen haben, an den Streik zurückdenken, den sie in den vergangenen vier Wochen geführt haben, so wird in ihnen wahrscheinlich neben der Enttäuschung über den Ausgang des Kampfes und neben der Erinnerung an die Not, die in ihren Häusern und denen ihrer Genossen während dieser Zeit geherrscht hat, auch ein Gefühl der Freude hochkommen, das sie in ihrem Glauben an die Macht der organisierten Arbeiterschaft stützt: denn in diesen Wochen ist ein Band der Solidarität geschmiedet worden zwischen den Webern, die in Lancashire im Kampf standen und den Millionen englischer Arbeiter, die den Streik von außen unterstützten in dem Bewußtsein, daß der Erfolg dieses Kampfes nicht zuletzt von ihrem persönlichen Opfermut abhing.

Vor drei Wochen beschloß der englische Gewerkschaftskongreß, den Kampf der Weber in Lancashire zu unterstützen, und zwar mit allen Mitteln, die ihm dazu zur Verfügung standen. Die Aktion, die daraufhin von den Gewerkschaften in Gang gesetzt wurde, stand nicht im Zeichen der Forderung des „Arbeiterblattes“ „Daily Herald“: Führt rasch eine Einigung herbei, damit der Streik abgebrochen werden kann! Sie stand im Zeichen der Losung: Wenn die Unternehmer unsere Forderungen nicht annehmen, weiter mit dem Kampf!

Die Aufgabe, die der Generalrat der Gewerkschaften sich für die Hilfsaktion gestellt hat, geht aus folgender Erklärung hervor:

„Die Stellung des Gewerkschaftskongresses ist die, daß er sich verpflichtet fühlt, seinen Genossen in einem Kampf dieser Art zu helfen. Er meint, daß

die Arbeiter nicht durch den Hunger gehindert sein sollen, auf den die Unternehmer rechnen, um sie zum Nachgeben zu zwingen.“

In den Zeitungen standen Aufrufe der Gewerkschaften, in denen die Arbeiter zur Solidarität aufgefordert wurden: „Die Pflicht ruft! ... Erkundige dich, wie du helfen kannst. Arbeite mit und gib, ... gib, bis es weh tut! Tausende von Kassierern werden im ganzen Lande an den Türen, auf den Straßen, in Betrieben und Büros und auf den Fußballplätzen sammeln. ...“

Solche Aufrufe blieben nicht ohne Erfolg. Arbeiter haben sich die letzten Groschen für ihre streikenden Genossen abgespart. Der Korrespondent des „Daily Herald“ berichtet über einen Gewerkschafter, der ihm erklärte, er habe das Rauchen bis zum Ende des Kampfes aufgegeben, um Geld für den Streikfonds zu sparen. Gewiß kein großes Opfer! Aber daß an solche Dinge gedacht wird, zeigt, daß die Arbeiter den Aufruf der Gewerkschaften ernst nahmen, daß sie es als ihre Pflicht ansahen, den Streik zu unterstützen!

Eine Gewerkschaft hat ihre Mitglieder, soweit sie Vollarbeiter sind, aufgefordert, solange der Streik im Gange ist, jede Woche fünf Prozent des Lohnes in den Streikfonds zu zahlen.

Es gibt wohl keinen Verband in England, der dem Fonds nichts beigesteuert hätte.

Außer den Gewerkschaften haben auch andere Arbeiterorganisationen Solidarität mit den Webern geübt. Dabei haben sich die Genossenschaften besonders hervorgetan.

Auch die streikenden Weber selber, sofern sie noch Mittel zur Verfügung hatten, übten Solidarität mit ihren Genossen, bei denen die Not größer war. Sie brachten zum Beispiel Kleidungsstücke zum Gewerkschaftsbüro, die dann unter den bedürftigeren Arbeitern verteilt wurden.

Die gesammelten Geldmittel wurden zum Teil dem Wehverband überwiesen, um zur Bezahlung der Streikunterstützung verwandt zu werden. Die Mittel hierfür aufzubringen, war aber nicht das schwierigste Problem. Weit mehr Sorgen machten den Führern des Streiks die

Hilfe für die Unorganisierten,

die gar keine Unterstützung bezogen. Um diesen zu helfen, wurde der andere Teil des Streikfonds den Konsumgenossenschaften überwiesen, und in Höhe der überwiesenen Summe wurden vom Gewerkschaftsbüro Gutscheine zu über je 2½ Schilling ausgegeben. Wer mit einem solchen Gutscheine in einen Genossenschaftsladen kam, konnte dafür nicht nur für 2½, sondern für 3¼ Schilling einkaufen; denn die Genossenschaft schenkte jedem Inhaber eines Gutscheines Waren im Werte von 1¼ Schilling. Die Gelder der Genossenschaften können also noch zu anderen Zwecken verwandt werden als zur Errichtung von Palästen!

Die Gutscheine wurden in den örtlichen Gewerkschaftsbüros verteilt. Dadurch wurde eine Verbindung zwischen den Gewerkschaften und den Unorganisierten, die sich um Unterstützung bewerben, hergestellt. In der ersten Woche konnten 20 000 Gutscheine ausgegeben werden, in der zweiten Woche schon 40 000.

In einigen Städten hat die Internationale Arbeiter-Hilfe Speisehäuser eingerichtet, in denen die Streikenden umsonst zu essen bekamen.

Auch die Gemeinden beteiligten sich in manchen Orten an der Hilfe für die Streikenden. Sie richteten Kinderspielsungen, und manchmal auch Speisehäuser für die Arbeiter ein.

Es handelte sich aber nicht nur darum, den Streikenden Essen zu verschaffen. In der kleinen Stadt Nelson wurde auch für Zeitvertreib gesorgt! Dabei standen Fußballspiele — die sich in England bei streikenden Arbeitern zumeist weit größerer Beliebtheit erfreuen, als zum Beispiel Streikversammlungen — an erster Stelle. Am Rathaus von Nelson wurde an einem schwarzen Brett das jeweilige Unterhaltungsprogramm für die Streikenden bekanntgegeben; da wurden Konzerte und Theateraufführungen angezeigt, Führungen durch Gaswerke, Fabriken und Feuerwehrröhren und die Ausgabe billiger Badekarten für das städtische Schwimmbad!

Wenn das Nebeneinander der verschiedenen Organisationen bei der Hilfe für die Streikenden nicht bestanden hätte, hätten die vorhandenen Geldmittel wahrscheinlich besser verwandt werden können. Vor allem hätte die Einheitsfront von freien Gewerkschaften und Kommunisten die Begeisterung der Arbeiter für den Kampf noch gestärkt und es den Gewerkschaftsführern schwerer gemacht, hinter den verschlossenen Türen des Konferenzsaales ein faules Kompromiß mit den Unternehmern abzuschließen!

Trotz Solidaritätsbeschlüssen, trotz Geldsammlungen, Verteilung von Nahrungsmitteln hat der Streik nicht zum Siege

der Arbeiter geführt! Fehlte es an Opferfreudigkeit von seiten der Arbeiter, fehlte es an Kampfkraft auf seiten der Streikenden? — Vielleicht hätte man die Arbeiter zu noch größeren Opfern bewegen können; vielleicht gab es einige unter den streikenden Webern, die den Kampf satt hatten. Aber daran ist er nicht gescheitert! Gescheitert ist er vielmehr daran, daß die verantwortlichen Gewerkschaftsführer es entweder an eigener Entschlossenheit zum Kampf oder an Mangel an Vertrauen zu der Kampfkraft der Weber fehlen ließen und den Streik abwürgten.

Die Vergleichung drängt sich auf mit jener anderen großen Aktion, die in der Erinnerung der Arbeiterschaft lebt; mit dem englischen Generalstreik von 1926, in dem die Massen viel weiter gingen in ihren Solidaritätsbekundungen und schmächtig betrogen worden sind von ihren eigenen Führern — jenen Führern, die jetzt mit ihren ehemaligen Gegnern in einer Regierung sitzen und den Erwerbslosen die Unterstützung abbauen!

Mit Aufrufen zur Solidarität ist es nicht getan. Wenn die Arbeiter dabei so enttäuscht werden, wie es 1926 der

Streik gegen die notverordneten Lohnkürzungen.

In Gladbach-Rheydt traten die Belegschaften von zwei Webereien, insgesamt etwa 200 Arbeiter, in Streik wegen angekündigter Lohnkürzungen.

Weitere Abwehrstreiks gegen Lohnabbau — meist auf Grund der Notverordnung — sind im Gange in folgenden Betrieben:

Ostdeutsche Textilindustrie AG (Landeshut); Metallwarenfabrik Stübken (Erfurt) — 175 Mann; Druckerei Enke (Kottbus); Metallwarenfabrik Thiel (Ruhla in Thüringen); verschiedene Edelsteinschleifereien in Oberstein (Nahe) — 800 Arbeiter; Kriegsbeschädigten-Werkstätten in Königsberg-Ostpreußen; Scherl-Berlin (graphische Hilfsarbeiter).

Mit dem Mittel der passiven Resistenz.

wird zur Zeit gekämpft: bei den Vereinigten Stahlwerken AG, Betrieb Phönix in Düsseldorf; in der Werkzeugmacherei des Alexanderwerks (von der Nahmer AG), Remscheid.

Abgewehrter Lohnabbauversuch.

Die Optischen Werke Voigtländer und Sohn AG in Braunschweig haben ihre Lohnabbauankündigung (50 Prozent für die 31. bis 40. Wochenstunde) zurückgezogen, als die Belegschaft den Streik beschloß.

Ein Beispiel gewerkschaftlicher Solidarität.

E. H. Erfurt, 27. September.

Bei der Lampenfabrik Stuebken & Co. streikten etwa 80 Arbeiter und Arbeiterinnen gegen einen Lohnabbau auf Grund der Notverordnung. Um auch die Unorganisierten in die Streikfront einzureihen, verzichteten die Streikenden auf 10 Prozent ihrer gewerkschaftlichen Streikunterstützung. Diese 10 Prozent und außerdem gesammelte und anderweitig zur Verfügung gestellte Beträge werden den Unorganisierten als Unterstützung gegeben.

Unrühmliches

Ende des Ruhrbergbaukonflikts.

Am Dienstag haben bei Herrn Schäffer die Nachverhandlungen über den Konflikt im Ruhrbergbau stattgefunden. Die Gewerkschaften haben leider den Schiedsspruch vom 24. September, gegen den sie bisher protestierten, angenom-

men. Damit ist das Mehrarbeitsabkommen in der Weise „be-seitigt“, daß die Mehrarbeit jetzt bereits im Rahmentarif festgelegt ist. Der Lohntarif ist auf vier Monate verlängert. Die Unternehmer nahmen diese Regelung an, verzichteten also einstweilen auf den zunächst verlangten Lohnabbau. Da in der Notverordnung die Möglichkeit vorgesehen ist, daß „notleidende“ Betriebe die Tariflöhne unterschreiten, ist den Bergherren dieser Verzicht wahrscheinlich nicht schwer geworden.

In Lancashire ist am Mittwoch die Arbeit wieder aufgenommen worden, nachdem das neue Tarifabkommen von den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden ratifiziert worden ist.

Bei einer Demonstration von Erwerbslosen in London, die mit roten Fahnen und dem Gesang der „Internationale“ vor das Rathaus eines Bezirkes zogen und die Erhöhung der Unterstützungssätze und die Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung forderten, kam es wieder einmal zu Reibereien mit der Polizei. Einige Schutzleute versuchten zu verhindern, daß die Demonstranten das Rathaus betraten. Als die Arbeiter sahen, daß die Polizei Verstärkung herbeigeholt hatte, bombardierten sie diese mit Flaschen, Steinen u. s. w. Zehn Personen wurden verletzt.

Je 1500 Mark Geldstrafe erhielten die Nazi-Redakteure Nippold und Brugger in München, weil sie den Teilnehmern an einer Münchener Versammlung der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit Landesverrat vorgeworfen hatten. Die Einberuferin der Versammlung und die Schauspielerin Erika Mann, die auf der Versammlung rezitiert hatte, hatten wegen Beleidigung geklagt. Nach Ansicht des Gerichts war der Wahrheitsbeweis für den Vorwurf des Landesverrats nicht gebracht worden.

Mit sechs Wochen Gefängnis bezahlte ein Kaplan aus Koblenz ein Argument, das er in einer Auseinandersetzung mit einem Dentisten angewandt hatte, der Nazi war. Der Kaplan hatte den Dentisten gehohlet, weil er sich von ihm beleidigt fühlte.

Erdbeben und Unwetter.

In Nordgriechenland traten am Montagabend heftige Erdstöße auf, durch die mehrere Dörfer zerstört wurden.

Die Stadt San Juan der, mittelamerikanischen Insel Portorico wurde in der Nacht zum Dienstag von einem ungewöhnlich heftigen Wirbelsturm verwüstet.

Entsetzliche Folgen eines übermütigen Kinderstreiches.

In der Adolfstraße auf dem Berliner Wedding spannten mehrere Kinder ein Hanfseil über die Straße, um Radfahrer zu Fall zu bringen. In diesem Augenblick passierte ein Lastauto die Straße. Das Seil, das ein siebenjähriger Junge sich um den Leib geschlungen hatte, verwickelte sich in einem Rad und wurde derart angespannt, daß der Junge auf der Stelle getötet wurde.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lipmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janaszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Eissenhofstr. 28/29.

Sonnenblumen-Öl

kalt abgepreßt, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.

5-kg-Kanne 5,50 RM ab hier. Kanne 1,— RM Pfand.

Frischkost-Reformhaus

Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

Maßarbeit ersklassig und billig

Herren-Anzüge / Mäntel / Damen-Kostüme
Aufbügeln und Reparaturen
ALFRED ARENSBERG
Berlin - Reinickendorf - Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

Haltet Euch gesund durch naturgemäße Kost!

Reformhaus
„Gesundheitsquelle“
Berlin, Köpenicker Str. 96

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987.

Ab 27. Sept.: Deschamps:
Der Tugendkönig
Chaplins Traum
Micky Maus: Der kleine Faun
Lupino Lane - Grotaske
Paris (Uraufführung)
Anfangszeit: 17, 18, 30 u. 20.45 Uhr

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Beworben bei Einzelkäufern unsere Inserent!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her:

Oscar Wettig, Gelnhausen

Sprechapparate Koffer/Schatullen/Schränke

Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebot!

Otto Pfothauer, Wolmar, Röhrstr. 40.

Gandhis Hungerstreik siegreich beendet!

Das Nachgeben der englischen Regierung in der Frage des Wahlsystems zeigt die Macht Gandhis und seiner Anhänger. Der neue Feldzug Gandhis gegen die „Unberührbarkeit“ der Parias lenkt wiederum das Interesse auf die Lage des indischen Volkes.

Wer wissen will, wie es in Indien heute aussieht, der lese:

Indien in der Zange.

Die wirtschaftliche Not eines großen Volkes.
Von Karl Hinkel.

Mit einer Karte und 9 Bildern / Brosch. 3,— M., Ganzl. 4,— M.

Aus den Presseurteilen: „Gerade jetzt, wo Indien so sehr im Vordergrund steht, kommt dieses Buch im rechten Augenblick. Es ist hauptsächlich für denjenigen bestimmt, der etwas über die wirtschaftlichen Bedingungen in Indien wissen will, sie mit den Zuständen in anderen Ländern vergleichen will, um eine Vorstellung zu bekommen von den Ursachen der großen Armut Indiens und der Rolle, die England dabei gespielt hat. Es ist ein gutgeschriebenes Buch.“

„New India“, Calcutta, 1. September 1932. „Die Bucherscheitungen des Verlages „Öffentliches Leben“ zeichnen sich in ihrer Materialsammlung allesamt durch zuverlässige Genauigkeit und klare Disposition des Stoffes aus. Alle Quellenangaben und Literaturhinweise sind stets vollständig, alle Behauptungen auf ihre Haltbarkeit mehrfach geprüft und gewissenhaft eingeschränkt, wo es notwendig ist. Diese Vorzüge machen auch das vorliegende Buch zu einer hervorragenden Informationsquelle über die gegenwärtige Situation in Indien und über die wirtschaftlichen und politischen Theorien Gandhis; mit dem selbst und dessen Schülern der Verfasser ausführliche Gespräche hatte.“

„Der Volkslehrer“, Nr. 29, vom 7. August 1932.
Verlag „Öffentliches Leben“ Berlin S 14, Inselstr. 8a.
Postcheckkonto Berlin B 18 42.

Noch nicht toll genug. Der „Völkische Beobachter“ zum Agrarprogramm der Reichsregierung.

Zum Agrarprogramm der Reichsregierung wird im „Völkischen Beobachter“ unter anderem ausgeführt, die Reichsregierung habe sich unter dem Druck des konzentrischen Angriffs der nationalsozialistischen Bewegung gezwungen gesehen, so zu tun, als ob sie sich wirklich mit der Notlage des Bauerntums beschäftigen wollte. Die Münchener Rede des Herrn von Braun und die darin angekündigten agrarpolitischen Teilmaßnahmen seien nur dadurch überhaupt möglich, daß die NSDAP durch ihre Forderungen für die Landwirtschaft Herrn von Braun den Rücken stärke. Es sei nur dem Kampf der NSDAP für die Erhaltung des deutschen Bauerntums zu verdanken, daß Herr von Braun überhaupt von Herrn von Papen gehört worden sei. Man müsse mit Verblüffung feststellen, daß nicht einmal die einfachsten Grundsätze zur Errettung der Landwirtschaft Beachtung fänden. Die Kontingentierungsmaßnahmen seien unter dem Druck der Exportindustrie nur ganz unvollkommen. Die Kontingentierung sei nach wie vor nur eine Absicht, keine Tatsache. Auch die Zinssenkung oder vielmehr Zinsenstundung sowie der Vollstreckungsschutz wagten in keiner Weise das Uebel an der Wurzel zu packen. Der Nationalsozialismus werde unbeirrt und unbestechlich die ganze Halbheit und Grundsatzlosigkeit der Agrarpolitik der Reichsregierung an den Pranger stellen.

Die Nazis haben offenbar vor, die Bauwirtschaft anzukurbeln und rings um Deutschland eine Mauer zu bauen. Dahinter gibt's dann unverfälscht: Deutsche Treue, deutschen Wein, deutschen Tabak, deutsche Bananen und — vor allem — deutsche Esel.

Neue Notverordnungen unterzeichnet.

Der Reichspräsident hat am Dienstagabend die angekündigten Notverordnungen über Zinssenkung, Vermittlungsverfahren für die Landwirtschaft und den verstärkten Vollstreckungsschutz unterzeichnet. Die Kontingentierung wird auf dem Wege einer Verordnung erfolgen, nachdem die Verhandlungen mit den ausländischen Regierungen abgeschlossen sind.

Warmbold gegen Braun.

Der großzügige Kapitalist gegen den Feudalen!

Die Unstimmigkeiten im Reichskabinett über den Kurs in der Außenhandelspolitik sind noch nicht behoben. Der I.-G.-Minister Warmbold ist offenbar noch immer gegen die wirtschaftspolitische Isolierungspolitik seines Kollegen Braun, wie aus der Rede hervorgeht, die Warmbold bei der Einweihungsfeier der neu erbauten Industrie- und Handelskammer in Köln hielt. Er führte dort unter anderem aus:

„Es ist unmöglich, in einem so dicht bevölkerten Lande (wie Deutschland) ohne hinreichende eigene Rohstoffquellen allen Menschen Arbeit und Brot zu geben und alle Staatsbürger zu ernähren, wenn man sich ausschließlich auf die Hilfsquellen des eigenen Landes einzustellen versuchen würde. Die Arbeitslosigkeit muß durch Leistung für das Ausland vermehrt werden. Darunter darf aber niemals die Ausnutzung aller Möglichkeiten, die der heimische Boden bietet, leiden. Ein Rückzug aus den weltwirtschaftlichen Verflechtungen wäre unmöglich ohne eine in ihrem Ausmaß nicht zu übersehende Entwertung der Kapitalien der deutschen Wirtschaft. Unser Ziel muß es sein, die höchste Ausnutzung des Bodens und die Sicherung der in ihm investierten Kapitalien mit der Erhaltung der industriellen Arbeitsstätten und mit der Pflege von

Bracht spielt nicht mehr mit.

Polizeiuntersuchungsausschuß ohne Polizei.

Der sogenannte Polizeiuntersuchungsausschuß des Preussischen Landtags fuhr fort in seiner Tätigkeit, die vorläufig immer noch darauf hinausläuft, die Polizeibeamten im Interesse der Nazis einzuschüchtern. Es geht nämlich immer noch um das Einschreiten der Polizei bei dem Rummel um die Skagerrakwoche.

Das ist jetzt auch Herrn Bracht unangenehm geworden, und so gab in seinem Auftrag am Dienstag Ministerialrat Klausener eine Erklärung ab, wonach die uneingeschränkte Aussagegenehmigung, die zunächst allen Polizeibeamten erteilt war, zurückgezogen wird. Begründung: Es entstehe die Gefahr, daß die Beamten in der Ausübung ihrer Pflicht in Zukunft erlahmen und ängstlich würden, wenn sie sich beim Waffengebrauch stets vor Augen halten müßten, daß ihnen unter Umständen eine ungerechtfertigte Bloßstellung in einem Untersuchungsausschuß des Parlaments drohe. Dadurch werde die öffentliche Sicherheit erheblich gestört.

Einzelnen leitenden Beamten, die für bestimmte Aktionen die Verantwortung trugen — im Notfall auch anderen — will Herr Bracht unter Umständen die Aussage genehmigen. Er sei bereit, die übrigen Einzelfälle innerhalb der Verwaltung nachzuprüfen und das Ergebnis der Nachprüfung den antragstellenden Fraktionen oder Abgeordneten mitzuteilen.

Am Mittwoch will der Ausschuß über die nächtliche Polizeirazzia im Reichstagsgebäude (in der Nacht zum 13. September) verhandeln. Eingeladen sind u. a. Reichstagspräsident Göring, der Direktor beim Reichstag, Galle, und Polizeipräsident Melcher. Den vorgeladenen Polizeibeamten hat Melcher die Aussagegenehmigung verweigert, was besonders interessant ist, da die Schuld der Polizei in diesem Falle evident ist. Leider hat noch niemand Herrn Melcher vor Gericht verklagt.

Untertanen gesucht!

Bracht an seine Polizeibeamten.

Ueber die Stellung des Polizeibeamten im Staat hat Bracht vor dem Vorstand und dem Ausschuß des Verbandes preussischer Polizeibeamten eine Rede gehalten. Bemerkenswert waren die Ausführungen über das Wahlrecht und die Koalitionsfreiheit der Beamten. Bracht sagte:

„Ueber diese Fragen kann überhaupt nur gesprochen werden, wenn ein Zweifel restlos beseitigt ist. Die Einschränkung solcher Rechte für Männer, die an hervor-

Hornberger Schießen „zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung“.

Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages setzte am Dienstag seine historischen Studien über die Sterbesitzung des Reichstages fort. Vor allem wurden Zeuge von Papen, Zeuge Freiherr von Gayl und Zeuge Staatssekretär Planck vernommen.

Papen gab ziemlich offen zu, daß er überrumpelt worden sei:

Er habe erwartet, daß der Reichstagspräsident, nachdem die Pause beendet und die Sitzung wiedereröffnet war, noch einmal den kommunistischen Antrag (über die Aufhebung der Notverordnungen und den Mißtrauensantrag sofort abzustimmen) zur Abstimmung stellen würde. Während der Pause habe er deshalb keine Wortmeldung eingereicht, weil er angenommen habe, daß der kommunistische Antrag abgelehnt werden würde.

„Der Reichstagspräsident hatte mir zwei Tage vor der Sitzung gesagt, er würde dafür sorgen, daß die Regierungserklärung vom Hause entgegengenommen würde.“

Ich hatte keinen Zweifel, daß alles programmäßig verlaufen würde, und war selbst völlig überrascht.“

Die Auflösungsurkunde habe er sich — so sagte Herr von Papen — erst während der Sitzungsunterbrechung verschafft. Auf die Frage, wann die Auflösungsorder unterzeichnet worden sei, in der Pause oder schon bei Beginn der Sitzung, erklärte der Reichskanzler, er müßte es bedauern, diese Neugierde nicht befriedigen zu können.

Auch die übrigen Zeugenvernehmungen waren nicht sehr aufschlußreich. Zur Klärung des Vorgangs der Wortmeldung Papens empfahl Göring, einen Lokaltermin im Sitzungssaal anzuberaumen!

Das Ergebnis seiner Beweisaufnahme

hat der Ueberwachungsausschuß am Dienstag folgendermaßen zusammengefaßt:

„Reichskanzler von Papen hat sich erst zum Wort gemeldet, nachdem die Abstimmung vom Reichstagspräsidenten bereits eröffnet war. Das Verhalten des Präsidenten ent-

Handel und Verkehr zu verbinden. Dies Ziel kann aber nach der Struktur unserer Wirtschaft nur erreicht werden, wenn wir auch den Güteraustausch mit dem Auslande pfleglich behandeln.“

Heraus zur Massenkundgebung! Gegen Faschismus, Sondergerichte, Presseverbote. Für überparteiliche Klassensolidarität!

am Donnerstag, dem 29. September 1932, abends 7^{1/2} Uhr, in Kliems Festsälen, Neukölln, Hasenheide 18—15. Redner: Dr. K. Rosenfeld, W. Eichler, R. Siewert. — Musik, Rezitationen, Sprechchöre. — Unkostenbeitrag: Erwerbstätige 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf.

Die fressende Seuche im Osten.

In einem Interview mit dem Schriftleiter der „Preussisch-litauischen Zeitung“ in Gumbinnen erklärte Papen auf die Frage, welchen Eindruck er von Ostpreußen habe: Hier sieht es schlimm aus. Wir müssen helfen. Erst einmal werden wir den Santzugschuß von 500 000 Mark auf eine Million verdoppeln. Sofern es nicht anders geht, werden wir diesen Betrag auf Verlustkonto buchen. Sodann wird sich die

ragender Stelle dem Staate zu dienen berufen sind, dürfte, wenn man sie überhaupt in Erwägung ziehen müßte, nie und nimmer eine deklassierende Maßnahme sein, sondern allein das Zeichen einer besonderen Ehrenstellung im Staat. Nur von dieser selbstverständlichen Voraussetzung aus ist es überhaupt möglich, unvoreingenommen und sorgfältig zu prüfen, ob und inwieweit es

für die Beamten der Polizei und ihre Aufgaben dienlich ist, das Wahlrecht ruhen zu lassen.

Diese Fragen sind hinsichtlich ihrer rechtlichen und sachlichen Seite nicht spruchreif.“

Sie sind einfach deswegen nicht spruchreif, weil einstweilen noch die Reichsverfassung den Beamten Wahlrecht und Koalitionsfreiheit garantiert. Daß Bracht diese Rechte in Frage stellt und von den „nicht spruchreifen“ Fragen spricht, ist ein Zeichen dafür, daß Bracht jene Rechte abbauen möchte. Mitarbeiter, die sich über die von der Regierung verfolgten Ziele ihre eigenen Gedanken machen und ihrer so gewonnenen Ueberzeugung entsprechend die Staatsführung zu beeinflussen suchen (vernünftiger Weise also zu einer Partei zusammentreten), — solche Mitarbeiter sind am Brachtschen Idealstaat unerwünscht.

Die alten Brandenburger hätten ihren berühmten Vers heute geändert:

„Vor Brachten und vor Itzenplitz, behüte uns der Herre Gott.“

Die Reichsregierung dementiert.

1. Die „zuständige Stelle“ teilt mit, daß die Meldung, die Regierung beabsichtige einen weiteren allgemeinen Lohnabbau durch Notverordnung, „jeder Grundlage entbehre“.

2. An der „zuständigen Stelle“ ist „nichts darüber bekannt“, daß der Staatsrechtslehrer Karl Schmitt von der Reichsregierung beauftragt worden sei, eine neue Verfassung auszuarbeiten. (Schmitt hat vor einiger Zeit ein Buch über Verfassungsfragen veröffentlicht; sein Standpunkt kommt den von Herrn von Gayl bei der Verfassungsfeier am 11. August geäußerten Plänen nahe.)

Wir würden diesen Dementis selbst dann keine wesentliche Bedeutung beimessen, wenn sie anders lauteten, etwa so: ein weiterer Lohnabbau wird nicht stattfinden; Herr Schmitt (oder sonst jemand) ist nicht mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung beauftragt. So lauten sie aber keineswegs.

sprach sowohl der Reichsverfassung wie der Geschäftsordnung des Reichstages. Der Reichskanzler hätte die Möglichkeit gehabt, sich rechtzeitig zum Wort zu melden. — Aus den Ausführungen des Reichskanzlers als Zeuge in Verbindung mit einer im Ausschuß abgegebenen Erklärung des Führers der deutschen Nationalen Fraktion ergibt sich für den Ausschuß die Feststellung, daß die Reichsregierung unter allen Umständen entschlossen war, den Reichstag noch vor der Abstimmung über die Aufhebung von Notverordnungen und über Mißtrauensanträge zur Auflösung zu bringen.“

Für diese Feststellung stimmten Nazis, Zentrum, Bayerische Volkspartei. Es handelte sich um eine sogenannte einfache Abstimmung, die keine Feststellung darüber ermöglicht, ob die Ausschußmitglieder anderer Parteien, z. B. der SPD, sich der Stimme enthalten oder gegen den Antrag gestimmt haben.

Weiter wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der zum Ausdruck bringt, daß es die Absicht des Kanzlers gewesen sei, seine Regierungserklärung abzugeben und die Aussprache stattfinden zu lassen, aber vor einer Abstimmung die Auflösung herbeizuführen. Der Reichskanzler habe auch die Möglichkeit erkannt, daß sofort abgestimmt werden würde. Annahme fand auch der weitere Teil des sozialdemokratischen Antrages, wonach der Ausschuß daran festhält, daß die Auflösung des Reichstages dem Sinn und dem Geist der Reichsverfassung widerspricht.

Weiter forderte der Ausschuß

mit verschiedenen Mehrheiten: die Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni (ob der politischen oder der wirtschaftlichen, ist in dem — kommunistischen — Antrag in parlamentarischer Unordentlichkeit nicht gesagt; man kann aber aus der nationalsozialistischen Zustimmung schließen, daß die wirtschaftliche gemeint ist, da ja die politische die Aufhebung des SA-Verbots enthielt); Aufhebung der Verordnung über die Sondergerichte; Aufhebung der bisher von den Sondergerichten verhängten Strafen; Aufhebung der Notverordnungen vom 4., 5. und 19. September und einiges andere.

Staatsregierung in nächster Zeit darüber schlüssig werden müssen, ob wir die betreffenden Kreise nicht ganz oder teilweise als Notstandsgebiet erklären.

Besonders hübsch hört sich an, wenn die Barone (wo sie von Steuergeldern sprechen) sagen: „Werden wir erst einmal!“ Wie wär's, wenn die Barone so eilig wären mit Hilfe bei denen, die die Steuern zahlen! Denn daß die Kerle in Ostpreußen, die immer mit Liebesgaben gefüttert wurden, nur immer den Schnabel aufreißen und so gut wie nie Steuern zahlten, steht notorisch fest.

10 000, denen „der Dank des Vaterlands gewiß“ war.

Ueber 10 000 Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene aus Westfalen und Lippe waren am Sonntag zu einer Kundgebung gegen die ihnen notverordnete Ausplünderung in Dortmund versammelt. Sie ließen sich nicht beruhigen durch Telegramme, die Hindenburg (der Notverordner) und der Reichsarbeitsminister an die Kundgebung geschickt hatten. Es fehle ihnen an Verständnis für die Art der Verteilung der Not — so führte der Landesverbandsvorsitzende Lehmann (Berlin) aus. Sie telegraphierten an Hindenburg und forderten, daß er sofort eine Abordnung der Kriegsoffer empfangen solle.

Weiter teilte der westfälische Landesverbandsvorsitzende mit, daß in allen westfälischen Ortsgruppen von Montag ab Kampfparkassen eingerichtet würden, um einen gemeinsamen

Marsch auf Berlin zu einer Massenkundgebung bei der Reichsregierung zu finanzieren. Auch dieser Plan fand allgemeine Zustimmung.

Die überzeugende Sprache einer solchen Kruppeldemonstration wird hoffentlich den Vollstreckern des „Danks des Vaterlandes“ in die heilen Knochen fahren.

Professor Alsberg über Zensur.

In Berlin sprach in einer Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Presse am Dienstag Prof. Alsberg zu dem Thema „Zeitungsverbote“. Alsberg führte aus, daß man sich mit der Notverordnung, die ihrem Wortlaut nach jede sachliche Kritik offen lasse, einverstanden erklären könne; denn es sei verwerflich, die höchsten Organe des Reiches und der Länder zu beschimpfen oder böswillig verächtlich zu machen. Es frage sich aber, wo man die Grenze der unerlaubten Kritik und der Beschimpfung ziehe. So, wie es das Reichsgericht (und, erst Herr Melcher! Red.) tue, gehe es auf keinen Fall. In Wirklichkeit schaffe erst die Rechtsprechung des Reichsgerichts und ihre Wirkung auf die Praxis der Verbotsbehörden die eigentliche Zensur.

Der Reichsausschuß des Reichsverbandes der deutschen Presse hat die Aufhebung aller die Presse einschränkenden Notverordnungen verlangt. Wir meinen jedoch, daß die Äußerung eines derartigen Verlangens nicht die Sprache ist, die von Papen und den Seinen verstanden wird.

Reichsgericht weniger reaktionär als Herr Melcher.

Das Reichsgericht hat das vom Berliner Polizeipräsidenten Melcher für vier Wochen ausgesprochene „Rote Fahne“-Verbot um eine Woche abgekürzt, so daß die „Rote Fahne“ am Sonnabend wieder erscheinen wird.

Die Vorbereitung der Verfassungsänderung.

Papen hat am Dienstag einem Königsberger Journalisten gegenüber eine dunkle Äußerung fallen lassen: Er glaube, daß der Wunsch, zu neuen verfassungsrechtlichen Zuständen zu gelangen, innerhalb des Volkes so stark werden würde, daß der Impuls aus dem Volke heraus kommen und der Regierung die Legitimation geben werde, diese Zustände neuzugestalten.

Glauht Herr von Papen, „das Volk“ werde in Scharen von Hitler fort und zu Hugenberg laufen?

Wir hoffen und wünschen, daß ein anderer Impuls aus dem Volke herauskommen wird: Jagt die Barone fort!

Ein Blick in Vergangenheit — und Zukunft?

Die Notlage der Landarbeiter in England vor 100 Jahren.

Der nachstehende Bericht ist geschrieben worden nur unter dem Gesichtspunkt, Aufklärung über die englische Geschichte zu geben.

Er zeigt, wessen Großgrundbesitzer, wenn sie nur die Macht dazu haben, fähig sind. Er eröffnet also auch einen Ausblick in die Zukunft, die der deutschen Arbeiterschaft droht, wenn sie sich weiter unter die Herrschaft der Junker beugt.

Vor 100 Jahren fand in England mit der Hinrichtung von 9 Verurteilten und der Deportation (Verschickung) von 457 ebenfalls für schuldig Erklärten eine Tragödie ihren Abschluß, die überaus kennzeichnend ist für das England vor den Reformen der dreißiger Jahre.

Diese Deportationen und Hinrichtungen waren das Ergebnis der Unterdrückung des letzten der großen Landarbeiteraufstände, die die englische Geschichte bisher kennt. Ursachen, Verlauf und Folgen dieses Aufstandes sind kennzeichnend für die wirtschaftlichen und politischen Zustände Englands jener Zeit, Zustände, deren Wirkungen noch bis auf den heutigen Tag fortauern.*)

Der Raub des Gemeinlandes.

Die Lage der englischen Landarbeiter in den 50 Jahren vor 1830 war etwa folgende. Durch die Gesetzgebung jener Zeit wurde fast

das gesamte Gemeinland, das 1750 noch etwa die Hälfte des Bodens in England ausmachte, zu Gunsten der Großgrundbesitzer in Privateigentum verwandelt.

Dadurch wurden sehr viele Kleinbauern, deren Aecker und Weiden größtenteils Gemeinland gewesen waren, von der Scholle vertrieben und suchten als Landarbeiter Unterkommen zu finden, soweit sie nicht in die Städte abwanderten. Ferner verloren die Landarbeiter, die noch Rechte auf Gemeinland

Der Raub von Selbstachtung und Hoffnung.

Landarbeiterlöhne wurden damals in England durch die Behörden der einzelnen Grafschaften festgesetzt. Da aber diese Behörden zu jener Zeit größtenteils aus den Großgrundbesitzern und Großpächtern bestanden, war natürlich eine Tendenz vorhanden, diese Löhne, die übrigens als Höchstlöhne gedacht waren, so niedrig wie möglich festzusetzen. Als nun in dem Zeitabschnitt, den wir hier betrachten, die Lebenshaltungskosten ganz besonders stiegen, wurde es den Grundherren, zunächst in der Grafschaft Berkshire und dann auch im übrigen England, zu un bequem, immer wieder die Löhne zu erhöhen. Sie ersannen daher ein System, das mehr als irgend etwas anderes dazu beigetragen hat, die Landarbeiter jeder Selbstachtung und jeder Hoffnung auf Fortschritt zu berauben:

Sie bestimmten nämlich, daß in Zukunft die Löhne nicht mehr verändert werden sollten, statt dessen aber die

Löhne durch Zuschüsse aus der Armenkasse ergänzt werden sollten. Diese Zuschüsse sollten sich dann nach den Lebenshaltungskosten richten. Diese Regelung war darum von Vorteil für die Gutsherren und Großbauern, weil zur Armenkasse auch diejenigen Dorfbewohner beitragen mußten, die selber keine Arbeiter beschäftigten. Für die Arbeiter aber bedeutete sie, daß es ihnen unmöglich war, ihren Lebensunterhalt durch ihrer Hände Arbeit zu verdienen. Wenn sie überhaupt leben wollten, mußten sie Wohlfahrtsunterstützungen in Anspruch nehmen. Die Spuren des Unheils, das dadurch in der Seele von Menschen angerichtet wurde, die stolz gewesen waren auf ihre Unabhängigkeit, sind auch heute noch nicht verschwunden. In den schlimmsten Jahren, also etwa um 1800, wurde in England rund die Hälfte dessen, was die Landarbeiter zu ihrem Lebensunterhalt erhielten, aus der Armenkasse bezahlt.

Kinder karrenweise als Lohndrücker.

Aber selbst bei so geringen Unkosten für die Arbeitgeber war es nicht möglich, für alle Landarbeiter Beschäftigung zu finden. Seit der Aufhebung des Gemeinlandes gab es in den ländlichen Grafschaften eine große Zahl von Arbeitslosen, die nur langsam in die Industrie oder nach Uebersee abströmten. Zunächst verfielen auch sie der Armenpflege. Und zwar wurden sie in den dazu hergerichteten Armenhäusern untergebracht und mußten, soweit sie arbeitsfähig waren, entweder für die Gemeinde oder für die Bauern im Dorfe, immer nur gegen Essen und Trinken, arbeiten. Man kann also vorstellen, daß diese Bauern ein Interesse daran hatten, daß es so viele arbeitslose Bedürftige im Dorfe gab, wie sie Arbeitskräfte brauchten. Wollten sich die Arbeiter aber diesem Druck entziehen und wanderten sie in die Städte, so blieb ihnen auch dort oft nichts weiter übrig, als mit den Armenhäusern vorlieb zu nehmen. Denn die Unternehmer in den sich um 1800 rasch entwickelnden Industrien waren auf den für sie ausgezeichneten Gedanken gekommen, in den Fabriken nur Kinder zu beschäftigen, die sie „karrenweise“ auf Grund besonderer Verträge aus den Armenhäusern erhielten.

Man sieht also: Daß die Arbeitsbedingungen zu Anfang des modernen Industriesystems in England so besonders schlecht waren, ist eine unmittelbare Folge der für die Arbeiter ungünstigen Verhältnisse auf dem Lande. Die Bestrebungen der Industriearbeiterschaft, sich von diesen schlechten Arbeitsbedingungen frei zu machen, spielen, wie wir wissen, noch bis heute eine große Rolle im öffentlichen Leben Englands.

Todesstrafe bei Diebstahl von Gegenständen unter 5 Mark Wert.

Dies sind also die wirtschaftlichen Hintergründe des Landarbeiteraufstandes, der im Herbst des Jahres 1830 ausbrach: die Aufhebung des Gemeinrentums am Boden, die

besessen hatten, diese fast völlig, und zwar im allgemeinen ohne Entschädigung. Wie es möglich war, daß eine solche Gesetzgebung durchgeführt werden konnte, die innerhalb von 50 Jahren die Bodenbesitzverhältnisse in England von Grund auf veränderte, läßt sich nur verstehen, wenn man bedenkt, daß von der Revolution des Jahres 1688 bis zur Parlamentsreform von 1831 fast nur Großgrundbesitzer ins Parlament gelangen konnten. Die Wirkungen dieser Gesetzgebung sind dauernde gewesen:

Heute ist etwa die Hälfte des Bodens in England Eigentum von 4000 Personen; ein weiteres Drittel des Bodens gehört etwa 30 000 Personen.

Durch die Aufhebung des Gemeinlandes wurde das Angebot an Arbeitskräften auf dem Lande größer und dringender: größer insofern, als viele jetzt Landarbeiter wurden, die früher Kleinbauern gewesen waren; dringender, weil viele Arbeiter, die vorher eine Kuh auf der Gemeinwiese gehabt hatten oder das Recht, sich Holz aus dem Gemeinwalde zu holen, jetzt auf Einkommen aus Lohnarbeit angewiesen waren, um sich und ihre Familien am Leben zu erhalten. Dies hatte zur Folge, daß zu einer Zeit, in der die Lebenshaltungskosten wegen der Napoleonischen Kriege und wegen einer Reihe von schlechten Ernten rasch stiegen, die Landarbeiterlöhne fast gar nicht erhöht wurden, zum Teil sogar fielen. Zum Beispiel stiegen zwischen 1750 und 1795 die Preise um ein Drittel, die Löhne aber nur um ein Siebtel. Zwischen 1795 und 1826 verschlechterte sich die Lebenshaltung der Landarbeiter um ein Drittel. Dazu trug auch bei, daß viele Landarbeiter unter den neuen Verhältnissen gezwungen waren, alles, auch ihr Brot, in Läden oder von Händlern zu kaufen. Die Großgrundbesitzer gaben weder Getreide noch Mehl noch Milch oder Butter in kleinen Mengen ab. Deputate waren schon zu jener Zeit fast völlig verschwunden.

Ergänzung der Landarbeiterlöhne aus der Armenkasse, die Ueberfüllung der Armenhäuser mit Erwerbslosen. Zum Verständnis der politischen Verhältnisse sei noch einiges über die Gesetzgebung jener Periode gesagt. Diese Gesetzgebung wurde von der

Furcht diktiert, daß in dem Maße, wie die Armen ärmer wurden, die geltenden Strafen nicht mehr genügend abschreckende Wirkung besäßen

und also verschärft werden mußten. Die Hauptvergehen, deren sich die Landarbeiter schuldig machten, waren: Betreten von privaten Ländereien, Wilddiebereien, Diebstahl und Versuche, durch Drohungen Geld zu erlangen.

Die Strafen, die auf diese Vergehen standen, wurden bald nach 1800 erheblich verschärft: Todesstrafe, Deportation oder lange Gefängnisstrafen wurden für die kleinsten Vergehen verhängt. Kinder wurden wegen des Betretens privater Ländereien mit Gefängnis bestraft; in der Korrekptionsanstalt in Coldbath, Nord-London, saßen Kinder, die so jung waren, daß sie von den Gefängniswärtern an- und ausgekleidet werden mußten. Ein Knabe von 10 Jahren verbüßte bereits seine sechste Gefängnisstrafe auf Grund solcher Vergehen. Im Jahre 1813 wurden

zwei Kinder zu 7 Jahren Deportation verurteilt, weil sie ein Stück Tuch gestohlen hatten.

Und Kindern und Jugendlichen wurde kein Verteidiger erlaubt! Im Jahre 1810 machte der Abgeordnete Romilly einen Versuch, ein Gesetz durchzubringen, auf Grund dessen die Todesstrafe für Diebstahl von Gegenständen unter 5 Mark Wert aufgehoben werden sollte. Das Oberhaus lehnte diesen Gesetzentwurf ab. Besonders schwer waren die Strafen auf Wilddieberei, die als Einnahmequelle für die Dorfbewohner eine große Rolle spielte. In jenen Jahren erfolgte nicht weniger als jede siebente Verurteilung wegen Wilderns. Und zwar wurde seit 1803 jeder mit dem Tode bestraft, der Waffen trug, mit denen er wahrscheinlich (!) die Waldhüter anzugreifen beabsichtigte. Sieben Jahre Deportation stand als Strafe auf das Vergehen, im Walde mit Waffen angetroffen zu werden, die der Wilddieberei dienen könnten. Schließlich ist noch zu erwähnen, daß Versuche, durch Drohungen Geld oder Lebensmittel zu erlangen, mit dem Tode bestraft werden konnten.

Deportation.

Was war eigentlich diese „Deportation“, die auch in den Urteilen nach dem Aufstand eine so große Rolle spielte? Wer zur Deportation verurteilt wurde, wurde nach Australien gebracht, dort unter den allerschwersten Bedingungen zu harter Arbeit gezwungen und schließlich, wenn er den Härten der Zwangsarbeit nicht erlegen war, einem Ansiedler in den neu entstehenden Niederlassungen zugeteilt.

Nur wenige, die deportiert wurden, sind nach England zurückgekehrt.

Wer also zur Deportation verurteilt wurde, konnte damit rechnen, daß er seine Familie und Freunde nie wiedersehen würde.

Die Berichte der englischen Parlamentskommissionen aus den Jahren 1831 und 1838 legen Zeugnis davon ab, welche furchtbaren Zustände in den Gefängnissen in Australien herrschten. Viele Gefangene begingen Selbstmord, um sich den Qualen zu entziehen, viele entflohen in den australischen „Busch“, in der Hoffnung, sich durch die Steppe bis zu einer Niederlassung durchzuschlagen. Nicht selten erreichten einige vor ihnen ihr Ziel, nachdem sie auf der Flucht durch die Steppe ihre Kameraden getötet und verzehrt hatten. Zu solchen Dingen konnten Menschen getrieben werden, deren einziges Verbrechen vielleicht darin bestand hatte, im Walde mit einem Netz angetroffen zu werden, mit dem man Vögel fangen konnte. Welchen Einfluß auf diese Menschen und besonders auf die Kinder die Gesellschaft von wirklich schlimmen Verbrechern haben mußte, mit denen sie erst die lange Seereise und dann die Gefangenschaft gemeinsam zubringen mußten, läßt sich leicht vorstellen. Durch die Deportation wurden viele erst zu Verbrechern, die ihr Leben lang ordentliche und ehrliche Menschen gewesen waren. ~~Man hat sich~~ ~~zu~~ ~~den~~ ~~Verbrechern~~ ~~gehört~~ ~~und~~ ~~hat~~ ~~ihnen~~ ~~die~~ ~~Not~~ ~~dazu~~ ~~getrieben~~ ~~worden~~ ~~waren~~ ~~ein~~ ~~paar~~ ~~wilde~~ ~~Kaninchen~~ ~~zu~~ ~~erlegen~~ ~~Wohlverstanden~~ ~~es~~ ~~handelt~~ ~~um~~ ~~mit~~ ~~nicht~~ ~~um~~ ~~die~~ ~~Erzählungen~~ ~~schwärmerischer~~ ~~oder~~ ~~sentimentaler~~ ~~Menschen~~ ~~sondern~~ ~~um~~ ~~die~~ ~~kühle~~ ~~Sprache~~ ~~der~~ ~~Kommissionsberichte~~ ~~in~~ ~~einem~~ ~~Parlament~~ ~~das~~ ~~alles~~ ~~andere~~ ~~als~~ ~~den~~ ~~Arbeitern~~ ~~günstig~~ ~~gesinnt~~ ~~war~~.

Sozialistische Marktwirtschaft

führt zur Beseitigung von Ausbeutung und Krise.

Auf Einladung des Hamburger Lehrervereins sprach Hellmut Rauschenplat am Montag vor mehr als 300 Lehrern über dieses Thema.

Wenn nur die Wahl bestände, so führte Rauschenplat aus, zwischen kapitalistischer Wirtschaft und sozialistischer Planwirtschaft, so sollten wir Sozialisten mit allen Kräften an der Durchführung der sozialistischen Planwirtschaft und an der Ueberwindung ihrer Schwierigkeiten arbeiten. Aber es steht noch ein anderes System zur Wahl: die sozialistische Marktwirtschaft, die sich von der heutigen Wirtschaft in Westeuropa grundlegend dadurch unterscheidet, daß ihr gewissermaßen die kapitalistischen „Giftzähne“, die Monopole, ausgebrochen sind.

Welches sind diese „Giftzähne“? Das Bodenmonopol, durch Gewalt geschaffen und durch Gewalt — wie wir heute in Deutschland besonders deutlich sehen — aufrechterhalten. Es ist mit den anderen Monopolen unter Zuhilfenahme des Staatsapparats verfilzt zum Klassenmonopol der herrschenden Klasse.

Rauschenplat beschrieb ausführlich, wie nach dem Herausbrechen der „Giftzähne“ das freie Spiel der Kräfte auf dem Arbeitsmarkt, auf dem Warenmarkt und auf dem Markt der Ersparnisse wirkt. Der alte Motor treibt das Ganze: das eigene Interesse der einzelnen. Die Freiheit der einzelnen wird vom Staat nur so weit eingeschränkt, wie es zur Verhinderung der Ausbeutung geboten ist. Gegenüber Versuchen zu neuer Monopolbildung wird der Staat eingreifen. Er beherrscht zu diesem Zweck die Kommandohöhen der Wirtschaft: die Rohstoffquellen, die Notenbank.

Die Maßnahmen, die zur Durchführung der hier entwickelten Wirtschaftsordnung erforderlich sind, sind zugleich Maßnahmen zur Ueberwindung der Krise: Radikale Senkung der Kartellpreise unter Zulassung von Bankrotten in der Schwerindustrie und Senkung der Getreidepreise unter Zulassung von Bankrotten im Großgrundbesitz. Beides führt zu einer Vermehrung der Kaufkraft der Massen.

Zum Schluß nahm Rauschenplat Stellung zum Kollektivismus an Hand des russischen Versuchs. Er verzichtete darauf, sich auf die bisherigen ungünstigen Erfahrungen aus der Sowjet-Union zu berufen; er gründete sein Urteil unabhängig von allen Erfahrungen auf die philosophische Einsicht, daß das wohlverstandene, wahre Interesse der Menschen dahin geht, das eigene Leben frei von Bevormundung selber zu gestalten. Mit reger Aufmerksamkeit folgte der pädagogisch interessierte Hörerkreis dem Redner, als er nachwies, daß die kollektivistische Wirtschaftsordnung wegen der in ihr notwendig und ständig eintretenden Bevormundung menschenunwürdig ist. Nur in der sozialistischen

Marktwirtschaft kann das wahre Interesse der Menschen an freier Selbstbestimmung befriedigt werden.

Der kommunistische Diskussionsredner, Dr. Knappo, brachte nur Gegenargumente, die Rauschenplat in seiner Rede längst durch Gründe widerlegt hatte: „Der ISK macht einen Rückfall in den Manchester-Kapitalismus.“ (Ein Irrtum, denn zur Zeit des Manchester-Kapitalismus war das Bodenmonopol der Feudalklasse nicht gebrochen!) „Die Rückkehr zum Kleinbetrieb ist Rückkehr in die Barbarei.“ „Der nach dem ISK-Vorschlag bereinigten kapitalistischen Gesellschaft werden die Giftzähne wieder wachsen.“ (Rauschenplat hatte ausführlich angegeben, wie man das verhindert.) „In der Wirtschaftsordnung des ISK gibt es Privateigentümer und Lohnarbeiter; also werden die Lohnarbeiter ausgebeutet.“ (Knappo bemühte sich nicht einmal, die vom Redner begründete Behauptung zu widerlegen, daß ohne Reservearmee der Arbeitsmarkt ganz anders aussehen würde.)

Dem Marxisten Dr. Knappo konnte der nächste Diskussionsredner, Schär, mit Hilfe von Marx' „Kapital“ und mit Hilfe des „Statistischen Jahrbuchs“ einige Scheinargumente aus der Hand schlagen: Marx zeigt am Beispiel des Herrn Pöel, der mit 300 Arbeitern und einer Million Mark Produktionsmitteln an den Swan River auszog und dort allein sitzen blieb, weil seine 300 Arbeiter es vorzogen, auf freiem Boden sich selber zu bereichern, daß nicht das Privateigentum die Ursache der Ausbeutung ist. Das „Statistische Jahrbuch“ zeigt, daß in der deutschen Landwirtschaft der Kleinbetrieb dem Großbetrieb nicht unterlegen ist: Von Zahlung zu Zahlung nimmt die Zahl der Kleinbetriebe zu, die der Großbetriebe aber trotz aller staatlichen Liebesgaben ab.

Auf die Behauptung des nächsten Diskussionsredners, zum heutigen Kapitalismus hätten ökonomische Kräfte geführt und die ökonomische Entwicklung gehe in Richtung auf die Planwirtschaft, gab Rauschenplat im Schlußwort folgende Antwort: Wer mit dieser Behauptung die Möglichkeit der sozialistischen Marktwirtschaft widerlegen wolle, müsse zum Beispiel nachweisen, daß die Oettilie und die unter Staatshilfe gegründete Blumentopf-A.G. nicht auf politischen Eingriffen der herrschenden Klasse beruhen, daß der Staat zwar Großgrundbesitzer, nicht aber Bauern unterstützen kann, daß der Staat nur Maßnahmen zur Beseitigung der Massenkaufkraft, nicht aber Maßnahmen zu ihrem Schutze ergreifen kann. Solange dieser Nachweis nicht erbracht sei — und wie sollte man ihn wohl erbringen? — sei nicht widerlegt, daß die sozialistische Marktwirtschaft ein Weg zur Beseitigung von wirtschaftlicher Ausbeutung und Wirtschaftskrise ist.

C. B.

*) Als Quelle sei hier hauptsächlich die ausgezeichnete Untersuchung von J. L. und B. H. am 1. d. März 1830, die in ihrem Buch „The Village Labourer“ („Der Landarbeiter“) die Resultate der Bearbeitung der Papiere des Innenministeriums veröffentlicht haben. Diese Papiere sind im Record Office in London jedermann zugänglich. Daneben aber kommen als weitere Quellen die verchiedenen Berichte der Parlamentskommissionen und Komitees in Frage sowie einzelne Darstellungen über die Lage der Landarbeiter, z. B. die von Rogers in „Six centuries of work and wages“ („Sechs Jahrhunderte Arbeit und Löhne“).